

Vertrauen in den Staat bezeichnet die Überzeugung der Bürger und Unternehmen, dass der Staat das tut, was richtig ist und als gerecht empfunden wird. Dies ist eine der entscheidenden Grundlagen, auf denen die Legitimität und Tragfähigkeit politischer Systeme aufbauen. Vertrauen in den Staat ist eine Grundvoraussetzung für den sozialen Zusammenhalt und das gesellschaftliche Wohlergehen, da es die Regierungsfähigkeit der Regierungen beeinflusst und es diesen ermöglicht, ohne Zwangsausübung zu agieren. Es ist daher unabdingbar für das gerechte und effektive Funktionieren staatlicher Institutionen.

Vertrauen in den Staat und seine Institutionen hängt auch von der Kongruenz zwischen den Präferenzen der Bürger und Unternehmen, ihrer Interpretation dessen, was richtig und gerecht und was ungerecht ist, sowie der Wahrnehmung der Leistung des Staates ab. Vertrauen in den Staat ist somit in hohem Maße kulturell geprägt und kontextabhängig. Es gibt Länder mit hohem Vertrauensgrad (High-Trust-Länder), wie z.B. die Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden, und Länder mit niedrigem Vertrauensgrad (Low-Trust-Länder), wie z.B. die osteuropäischen Staaten (Abbildung 2.1), und der Grad des Vertrauens in den Staat kann von vielen Kontextfaktoren, wie z.B. der Wirtschaftslage, Naturkatastrophen oder der Verbreitung von Korruption, beeinflusst werden.

Das Vertrauen in den Staat wird vorwiegend durch Meinungsumfragen ermittelt. Auf Grund des Einflusses kultureller und anderer kontextbezogener Faktoren ist bei der Interpretation von Ländervergleichen große Vorsicht geboten. Wertvolle Erkenntnisse lassen sich eher aus der Veränderung des Vertrauensgrads im Zeitverlauf gewinnen als aus der Konzentration auf absolute Vertrauensniveaus. Von 2007 bis 2012 ging das Vertrauen in die nationalen Regierungen im OECD-Raum im Durchschnitt um 5 Prozentpunkte von 45% auf 40% zurück. Der stärkste Rückgang wurde in Slowenien, Portugal, Griechenland und Irland – Ländern, die sehr stark von der Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltskrise betroffen waren – verzeichnet. Gleichzeitig stieg in diesem Zeitraum das Vertrauen in die Regierung in der Slowakischen Republik, der Schweiz, Israel, dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Weitere Analysen deuten darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Frage nach ihrem Vertrauen in die Regierung oder den Staat die politische Führung bewerten.

Der Staat erbringt auch wichtige öffentliche Dienstleistungen in Bereichen wie dem Bildungs- und Gesundheitswesen, der öffentlichen Sicherheit und der Justiz. Die Erbringung dieser Leistungen ist in den meisten OECD-Mitgliedsländern hauptsächlich Verantwortung lokaler Gebietskörperschaften – mit Ausnahme der Justiz, die unabhängig ist. Die Bürgerinnen und Bürger äußern größeres Vertrauen in bzw. höhere Zufriedenheit mit diesen öffentlichen Dienstleistungen als mit dem abstrakteren Konzept der Regierung oder des Staates (Abbildung 2.2). Im OECD-Durchschnitt waren 2012 die Vertrauens-/Zufriedenheitswerte der Polizei am höchsten (72%

der Befragten äußerten Vertrauen in die Polizei), dicht gefolgt vom Gesundheitswesen (71%). Als nächstes folgte das Bildungswesen (66%) und schließlich das Justizsystem (50%).

Methodik und Definitionen

Die Daten stammen aus dem Gallup World Poll. Der World Poll verwendet proportional geschichtete Zufallsstichproben mit einem Stichprobenumfang von 1 000 Einzelpersonen in jedem Land. Weitere Informationen unter: www.gallup.com/strategicconsulting/en-us/world-poll.aspx.

Weitere Informationen

OECD (erscheint demnächst), *Trust in government, assessing the evidence, understanding the policies*, OECD Publishing, Paris.

Anmerkungen zu den Abbildungen

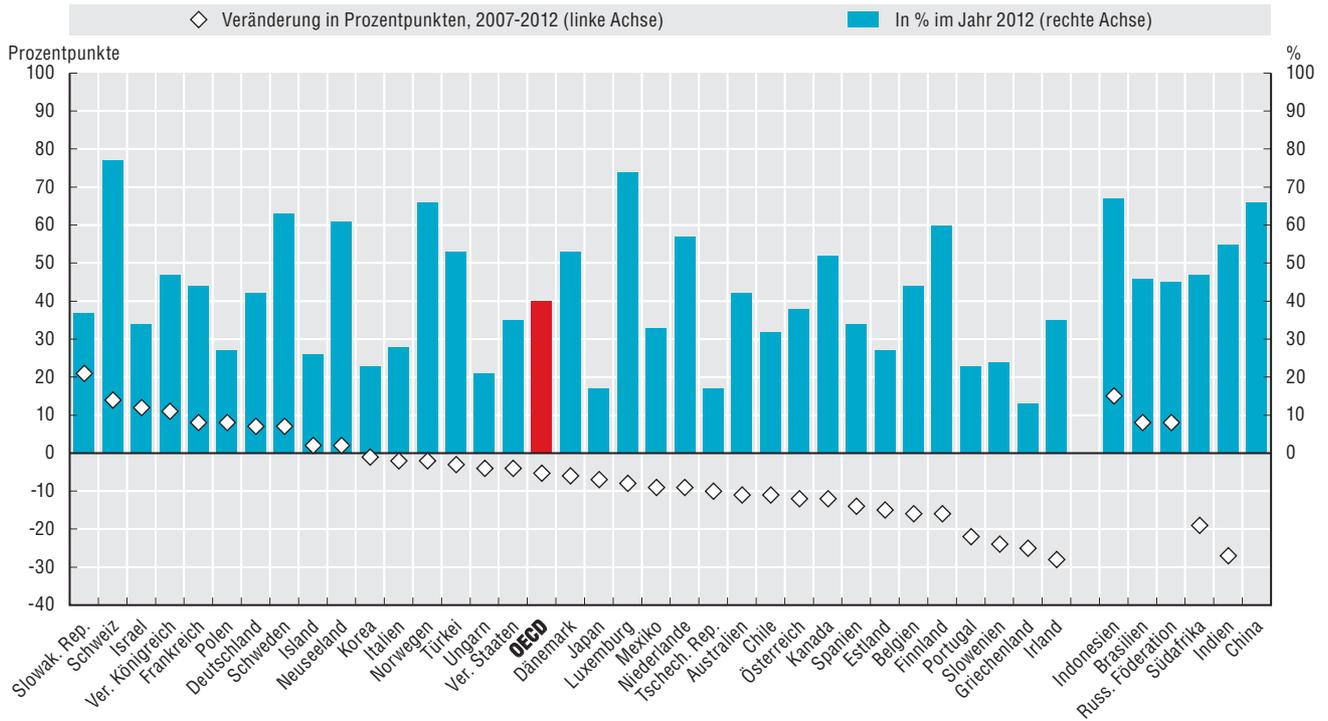
Die Daten für Chile, Deutschland und das Vereinigte Königreich beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012. Die Daten für Island und Luxemburg beziehen sich auf 2008 anstelle von 2007. Die Daten für Finnland, Irland, Norwegen, Österreich, Portugal, die Schweiz, die Slowakische Republik und Slowenien beziehen sich auf 2006 anstelle von 2007.

2.1: Die Daten beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie Vertrauen in die Regierung?“

2.2: Die Daten für Japan, Korea und Mexiko beziehen sich auf 2011 anstelle von 2012. Die Daten zum Justizsystem beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die folgenden Einrichtungen/Institutionen oder nicht? Wie sieht es aus mit dem Justizsystem und den Gerichtshöfen?“ Die Daten zur örtlichen Polizei beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Ja“ auf die folgende Frage antworteten: „Haben Sie Vertrauen in die Polizei Ihres Ortes/Ihrer Umgebung oder nicht?“ Die Daten zum Bildungswesen beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Zufrieden“ auf die folgende Frage antworteten: „In der Stadt oder der Region, in der Sie leben, sind Sie zufrieden oder nicht zufrieden mit dem Bildungssystem oder den Schulen?“ Die Daten zum Gesundheitswesen beziehen sich auf den Prozentsatz der Befragten, die mit „Zufrieden“ auf die folgende Frage antworteten: „In der Stadt oder der Region, in der Sie leben, sind Sie zufrieden oder nicht zufrieden mit der Verfügbarkeit von guter Gesundheitsversorgung?“

Hinweis zu den Daten für Israel: <http://dx.doi.org/10.1787/888932315602>.

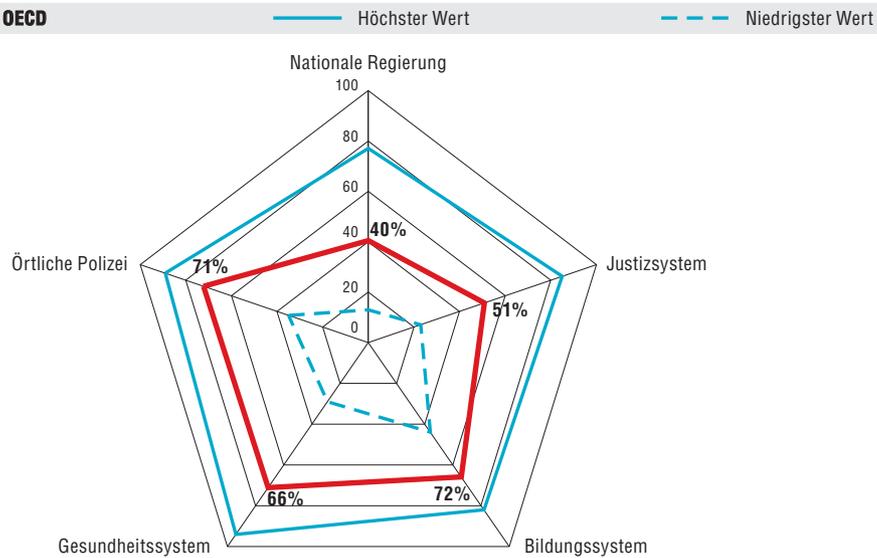
2.1. Vertrauen in die Regierung im Jahr 2012 und Veränderung dieses Werts seit 2007



Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940740>

2.2. Vertrauen in bzw. Zufriedenheit mit staatlichen Institutionen (2012)



Quelle: Gallup World Poll.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932940930>



From:
Government at a Glance 2013

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/gov_glance-2013-en

Please cite this chapter as:

OECD (2014), "Vertrauen in den Staat", in *Government at a Glance 2013*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/9789264209541-7-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.